

2 Die demokratische „Disziplinierung“

Die großen Naturschutzverbände sind teilweise sehr alt (NABU über 100 Jahre), jedoch entstand die gesellschaftsprägende Rolle erst über zwei sich teilweise überschneidende Höhepunkte: Zum einen die Anti-AKW-Bewegung mit Störaktionen an den Bauplätzen der Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen sowie zum anderen die Vielzahl lokaler Bürgerinitiativen, die meist gegen einzelne Bauvorhaben kämpften, aber nur in seltenen Fällen zu einer dauerhaft bestehenden Gruppe mit verschiedenen Arbeitsbereichen heranwachsen. Beide Höhepunkte gehen ineinander über, entwickelten sich aber vom Höhepunkt her nacheinander – die Anti-Atom-Aktionen zu Beginn der 70er Jahre, die BIs ab Mitte der 70er Jahre.¹ Anzunehmen ist, daß die spektakulären Aktionen rund um die Atomanlagen vielen die nötige Mischung aus Mut und Wut gaben, auch vor Ort gegen die Zerstörung der Umwelt anzukämpfen. Vergleichbar mit den Anti-Atom-Aktionen sind nur die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18 West in Frankfurt – die allerdings auch stark von autonomen Gruppen getragen wurden, die sich nicht als Teil der Umweltbewegung verstand.

Die folgenden Abschnitte sollen den groben Wandel von der Protestbewegung zu staatstragenden und modern-neoliberalen NGO-LobbyistInnen zeigen. Die Einteilung ist aus diesem Blickwinkel gewählt – andere Blickwinkel würden andere Ergebnisse bringen. Die individuelle Biographie der einzelnen Aktiven kann davon erheblich abweichen. Viele Einzelpersonen haben ähnliche Prozesse selbst durchgemacht, meist allerdings in viel kürzerer Zeit. Zu Beginn ihres Engagements trugen sie radikale, unabhängige Positionen und Aktionsformen mit, später etablierten sie (so sie überhaupt aktiv blieben) und machten Karriere in der Politik oder als moderne BeraterInnen für die Politik.

Im Original: Ansgar Vössling, „Naturschutz: Unabhängige vor dem Aussterben“, in: punkt.um 10/2001, S. 20f

Solange der Naturschützer mit Schmetterlingsnetz und Botanisiertrommel durch das Gelände läuft, Vögel bestimmt, Käfer zählt und vielleicht noch kleine Kinder im Umgang mit der Natur unterrichtet, ist er wohl gelitten. Wenn er aber als gleichberechtigter Partner, als Grundbesitzer und damit auch als Machtfaktor ein mit anderen Nutzungsvorstellungen konkurrierendes Projekt vorantreibt, wird er massiv kritisiert und in Frage gestellt. ...

(Zum Naturschutz in den neuen Bundesländern:) Hier ist die Entwicklung aber besonders erstaunlich, weil der Naturschutz zu DDR-Zeiten eigentlich ein Bereich war, in dem sich bei gewisser Staatsferne vergleichsweise unabhängige Personen über die politischen Brüche der Wende hinübergerettet haben. Die Staatsquote, die in Brandenburg vielfach schon deutlich über 50 Prozent liegt, ist überdurchschnittlich hoch. Fast jeder Naturschützer hat bereits eine Stelle beim Land oder bei den Kreisen. Zumindest ist er auf Zuwendungen oder Aufträge staatlicherseits angewiesen. Persönlich und wirtschaftlich unabhängige Naturschützer sind selten und meist schon im Rentenalter.

Erster Etablierungsprozeß (Ende 70er/Anfang 80er Jahre): BUND und GRÜNE

Mit der Gründung des BUND als bundesweite, umweltpolitisch ausgerichtete Organisation sowie der GRÜNEN vollzog sich die erste Welle der Etablierung der vorher vielfältigen und unabhängigen Bewegung. Diese war kaum mehr als die Summe der einzelnen Menschen bzw. verschiedener Gruppen, meist agierten alle in eigener Verantwortung, nur wenige versuchten, ihre Meinung in der Gesamtbewegung durchzusetzen, diese also zu dominieren. Ausnahmen waren rechte Gruppen wie der Weltbund zum Schutzes des Lebens oder kommunistische Kader, die die Bewegung für ihre Zwecke einsetzen wollten, sowie die Führung des 1972 gegründeten Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die die-

sen zunächst als breites Sammelbecken gedachten Verband schnell parteipolitisch und strategisch für ihre Zwecke nutzte.

BUND und GRÜNE benötigten jeweils eine Anlaufzeit von mehreren Jahren. Grund war beim BUND der interne Führungsstreit um die Frage, wieweit der BUND als Partei bzw. parteiähnlich oder außerparlamentarisch organisiert werden sollte. Im Verlauf der Diskussion wechselte mehrfach der Vorsitzende. Die GRÜNEN stellten in der Umweltbewegung erst mit den ersten Wahlerfolgen eine für viele attraktive Plattform für das Umweltengagement dar. In der Frühphase gab es teilweise erbitterte Kämpfe zwischen linken und rechten Gruppen, ganze Landesverbände (z.B. Rheinland-Pfalz) waren anfangs in der Hand von Neofaschisten.

Ab Anfang der 80er Jahre schlossen sich dann zahlreiche Personen aus ehemals unabhängigen Bürgerinitiativen oder Anti-Atom-Gruppen den GRÜNEN oder zu BUND an. Der BUND startete in einigen Bundesländern Werbekampagnen, ihre VertreterInnen besuchten systematisch die bestehenden Bürgerinitiativen und schafften es in vielen Fällen, mit Versprechungen nach mehr politischem Einfluß und finanzieller Sicherheit aus einstmals unabhängigen BIs nun weisungsgebundene BUND-Orts- und Kreisgruppen zu machen. Der Aufbau der GRÜNEN schritt nicht so stark „von oben nach unten“ voran, wie es beim BUND geschah. Stattdessen fanden sich viele ehemalige BI- und Anti-AKW-KämpferInnen aus eigenem Antrieb zu grünen Ortsverbänden zusammen. Über lange Zeit gab es keine einheitlichen Positionen, oft nicht einmal einen einheitlichen Namen der verschiedenen Ortsgruppen, Kreis-, Landesebene und dem Bundesverband. Nichtsdestotrotz kam es in beiden Organisationen zu Etablierungs- und Disziplinierungsprozessen. Nicht der Beitritt als Gruppe oder Einzelpersonen zum BUND oder zu den GRÜNEN war der entscheidende Schritt dazu, obwohl auch damit schon die Existenz hierarchischer Organisationsmodelle anerkannt und gestärkt wurde, sondern der dann einsetzende Prozeß, der folgende Einzelpunkte umfaßte:

- Bedürfnis einer einheitlichen Meinung in der Hoffnung, daß eine geeinte Stimme vieler mehr Gewicht in der politischen Debatte erhalten würde. Notwendigkeit der Unterdrückung von Minderheitenpositionen wegen des Auftretens aller unter gleichem Namen.
- Ständige Abwägung zwischen fundamentalistischen und in der Regel sachlich besser begründeten Positionen oder der Akzeptanz von Teillösungen aus Angst, sonst gar nichts zu erreichen.
- Vermehrter Eintritt von Parteimitgliedern, KarrieristInnen und Wirtschaftsleuten in die Umweltverbände und -parteien als Folge des zunehmenden gesellschaftlichen Stellenwertes oder der Wahlerfolge.
- Sorge um die neu geschaffenen, oftmals vom Staat finanzierten Arbeitsplätze bei den sie innehabenden Hauptamtlichen, die gleichzeitig innerhalb der Verbandsorganisation durch die zentralen Steuerungsvorgänge eine erhebliche Macht besitzen.
- Zunehmende Möglichkeiten für eine persönliche Karriere mit der Folge, daß es vermehrt zu Kampfabstimmungen und Delegiertenprinzip kommt, d.h. gleichberechtigte Arbeitsformen (Kollektiv, Konsens, Rotationsprinzip) wegfallen.
- Streben nach kurzfristigen Erfolgen und ständige Schönung der eigenen Erfolgsbilanzen, um in der herrschenden Medienwelt bestehen zu können.
- Anpassung an staatliche Vorgaben für Arbeitsinhalte und -strukturen, um an den vermeintlichen Vorteilen (Zuschüsse, Beteiligungsrechte, Informationsflüsse, Mitarbeit in Gremien usw.) teilhaben zu können.

Diese und weitere Punkte führten in allen Umweltgruppen, vor allem aber beim BUND und bei den GRÜNEN zu ständigen Kämpfen zwischen denen, die Erfolgsmöglichkeiten in der maximalen Ausschöpfung der Mitwirkungsmöglichkeiten im System bei gleichzeitiger und dafür notwendiger Aufgabe inhaltlicher Positionen sahen, und denen, die Umweltschutzgruppen als Hort klarer Positionen und Forderungen erhalten wollten, weil sie fürchteten, daß sonst niemand mehr da wäre, der umfassend für Umweltschutzziele eintritt. Die BefürworterInnen einer Nähe zum Staat und, ab ca. 1990, zur Wirtschaft führten auf ihrer Seite meist etliche Sachzwänge auf (leere Kassen, Verpflichtungen aus Kooperationsverträgen und Absprachen usw.), welche regelmäßig nicht stimmten, aber auf die unwissenden Mitglieder erheblichen Eindruck machten. Die Drohung mit der eigenen Pleite oder rechtlichen Konsequenzen bewirkte fast immer Zustimmung zu einer Arbeit, die staatliche Förderung und Unterstützung brachte. Ein klassisches Mittel zur Disziplinierung war zudem das Schüren von Mitleid durch die Behauptung, daß EntscheidungsträgerInnen für radikale Aktionen oder riskante Arbeitsstile persönlich haftbar waren. Diese Auffassung war und ist zwar formal falsch, was den FunktionärInnen auch meist bekannt war. Sie hatte aber die gewünschte loyalisierende Wirkung, da Basis oder Delegierte nicht so genau informiert waren.²

Insgesamt ist festzustellen, daß im Laufe der 80er Jahre viele ehemals radikale KämpferInnen im BUND oder bei den GRÜNEN zu FunktionärInnen wurden und mit der trügerischen Hoffnung auf Erfolge im Detail und eine allmähliche Veränderung des Ganzen kritiklos ein Rädchen im Gesamtgetriebe wurden. Als einfaches Mitglied, KassenwartIn oder BeisitzerIn in irgendeiner Untergliederung, als GerätewartIn oder SchutzgebietsbetreuerIn, LeiterIn eines (vom Vorstand abhängigen) Arbeitskreises oder auf viele andere Art wurden Menschen in Funktionen geschoben und verloren damit ihre aktive Rolle, die sie in den unabhängigen Gruppen oft hatten. Die verbliebene, von den GRÜNEN- bzw. BUND-Oberen geschürte Hoffnung, daß sie zu einem großen Ganzen beitragen, das dann umweltpolitische Ziele durchsetzt, war ebenso vergebens, denn in den Spitzengremien machten sich KarrieristInnen oder Personen breit, die die Nähe zum Staat und zur Wirtschaft suchten – also gar keine Veränderung im Ganzen mehr wollten. Zudem schlossen sie sich Dachverbänden (kreis-, landes- und bundesweit) an, in denen oftmals die reinen Umweltschutzverbände gegenüber Naturnutzerverbänden oder politischen Gliederungen (Kommunen) in der Minderheit waren. Welchem BUND-Basismitglied war schon bekannt, daß der auch vom BUND mitgetragene Dachverband DNR (Deutscher Naturschutzring) bis 2000 einen Präsidenten hatte, der CSU-Mitglied war? Er vertrat trotzdem die Umweltverbände und damit auch der ungefragten Basisgruppenmitglieder in Gesprächen mit den UmweltministerInnen oder den Kanzlern.

Teil des Etablierungsprozesse war die Berufung vieler UmweltschützerInnen in Kommissionen, Beiräte und andere Gremien, in denen sie mit VertreterInnen von Behörden usw. zusammenarbeiteten. Dort war Alltag, eigene Positionen aufzugeben, um an anderer Stelle kleine Fortschritte zu erreichen. Viele UmweltschützerInnen hatten das Gefühl, mitzuregieren und teilzuhaben an der Macht der Politik. Dabei vergaßen sie die Verhältnisse zu den Zerstörungsprozesse und konzentrierten sich auf ihre Mitspracherechte, die aber immer nur Nebensächlichkeiten betraf.

Der Aufbau von BUND und GRÜNEN führte zum Verschwinden vieler vormals unabhängiger Basisgruppen sowie zu einer bedeutenden Schwächung der entstandenen Netzwerke und Bündnisse wie z.B. dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (wobei auch dieser oft von Parteileuten gesteuert wurde).

Zweite Phase (Mitte 80er bis Anfang 90er Jahre): Disziplinierung und Auflehnung

Nachdem sich BUND und GRÜNE als Organisationen mit Geschäftsstellen, einheitlicher Außendarstellung und klaren, hierarchischen Strukturen gebildet hatten, kam es zu einer internen, direkten Disziplinierung. Ende der 80er Jahre rückte zudem der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, später Naturschutzbund, mehr ins Blickfeld, weil er sich thematisch öffnete und neben dem bisherigen reinen Vogelschutz auch natur- und umweltschutzpolitische Themen aufgriff. Zur Durchsetzung seiner Ziele nutzte er ähnliche Mechanismen wie der BUND: Große Mitgliederzahlen, geschlossenes Auftreten, Lobbyarbeit in den Hinterzimmern der Politik. Eine gewisse Bedeutung in der umweltpolitische Debatte gewannen die Anfang bis Mitte der 80er Jahre entstandenen Jugendverbände von BUND und Naturschutzbund. Insbesondere aus ihnen heraus wurden fundamentale ökologische Forderungen in den Umweltverbänden hochgehalten. Minderheiten des Erwachsenenverbandes stützten diese und gerieten damit in Konflikt mit den Verbandsoberen, die die Nähe zum Staat für wichtig empfanden und nicht durch radikale Forderungen oder Aktionen gefährden wollten. Viele Vorstandsmitglieder auf höheren Ebenen waren zudem selbst Parteimitglieder oder Staatsbedienstete.

Mitte der 80er Jahre brachen die Spannungen in den Verbänden auf, kritische Strömungen kämpften intern um eine Veränderung der politischen Positionen und klagten, daß die hierarchische Gliederung der Verbände den Umweltschutz schwäche. Dieses Aufbegehren gegen die praktische Gleichschaltung der Umweltverbände mit staatlichen Positionen und Strukturen erreichte Ende der 80er Jahre seinen Höhepunkt. Schließlich wurde von den Verbandsspitzen in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu direkten Unterdrückungsmitteln gegriffen, da die Disziplinierung über die Einbindung in Verbandsstrukturen erfolglos blieb, weil der Protest unter anderem gegen genau diese Strukturen gerichtet war.³ In den Jahren um 1990 kam es in vielen Verbänden sowie im Zusammenhang mit staatlichen Naturschutzprojekten und -veranstaltungen zu verschiedenen Ausgrenzungen: Verbandsausschlüsse, Sperrung von Geldern und Büros für „aufmüpfige“ FunktionärInnen oder Teigliederungen der Verbände, Entzug von Zuschüssen und Materialien oder Hausverbote bei Veranstaltungen. 1990/91 spaltete sich ein Teil der KritikerInnen aus den Jugendverbänden ab (siehe Kap. 3.6). Bei den Grünen kam es fast zeitgleich zur Abspaltung des radikalen Flügels. Seitdem kann nicht mehr von „Fundis“ gesprochen werden – bei den Grünen verblieben nur seichte ReformierInnen des Staates und solche, die gar nichts mehr verändern wollten. Ein Großteil der AussteigerInnen bei den Grünen um Jutta Dittfurth und Manfred Zieran gründeten jedoch sofort eine neue Partei (Ökologische Linke) und trugen damit ihren Teil der Schuld, daß es gar keinen gemeinsamen Versuch zum Aufbau einer außerparlamentarischen Bewegung gab (siehe Kap. 3.10).

Alle Formen der Repression seitens der weisungsbefugten Gremien in den Verbänden waren demokratisch legitimiert, d.h. gewählte Vorstände oder von ihnen ermächtigte GeschäftsführerInnen agierten gegen die Personen, die ausgegrenzt werden sollten. Ausschlüsse liefen über die zuständigen Gremien. Die Seilschaften, Abhängigkeiten und verdeckten Hierarchien machten aber möglich, daß nur sehr wenige SpitzenfunktionärInnen nötig waren, um die Entscheidungen herbeizuführen. Die gesamten Vorstände oder die Basisdelegierten billigten in den größeren Versammlungen dann das Vorgehen nachträglich, wobei ihnen meist das genaue Detailwissen fehlte, um die Vorgänge einschätzen zu können. Die Mächtigen der Verbände setzen sich in solchen Zweifelsfällen regelmäßig durch, da ihnen das größere Vertrauen entgegengebracht wird, sie über mehr internes Wissen verfügen und in Versammlungen die Herrschaft über die Tagesordnung und die Mikrofonanla-

ge haben. Repräsentative Demokratie bedeutet eine umfassende Ohnmacht derjenigen, die nicht auf gewählten Posten sitzen oder die nicht die Unterstützung der Oberen haben, verschärft und verschleiert durch die scheinbare Offenheit und Einbindung derer, die den Regeln unterworfen sind.⁴

Dritte Phase (Anfang und Mitte 90er Jahre): Dialog und Anbiederung statt Konfrontation

Repression funktioniert nur innerhalb eines gewissen Rahmens. Eine Regierung kann unerwünschte Personen mundtot machen per Gefängnis oder Psychiatrisierung (bei Nicht-Deutschen auch per Abschiebung) oder Denunzierung über die Medien. Die Führung einer Organisation kann die unerwünschten Personen nur ausschließen. Sie läuft damit aber Gefahr, die Kritik bekannter zu machen und sich selbst zu gefährden.⁵ Zudem können ausgegrenzte Personen außerhalb des Vereins aktiv bleiben und stellen eine Konkurrenz dar. Letztlich schaden die „Reibungsverluste“ dem Verband. Daher wurden andere Mittel erprobt, die Integrationsprozesse fördern und damit die Schärfe aus der Diskussion nehmen. Wo aber Schärfe fehlt, treten in der Regel keine Veränderungen mehr ein, weil das Gefühl für ihre Notwendigkeit zurückgeht. Ohne Streit gibt es keine Entwicklung mehr.⁶

Insbesondere BUND, DNR und große Teile der Jugendumweltbewegung versuchten, interne Streitigkeiten über Moderationsverfahren abzubauen. Die Verfahren verschleierten die vorher klar erkennbaren Positionen über die Zukunft des Verbandes und halfen so, das Bestehende zu bewahren, weil ohne klare Konfliktlinien eine Energie zur Veränderung nicht entsteht. Als alles im vernebelnden Miteinander unterging, entstanden wieder die alten Hierarchien und Bürokratien – diesmal jedoch im modernen Gewand und gänzlich unangefochten. Und genauso kann auch das Ende der demokratischen Disziplinierung in der Gesamtgesellschaft aussehen. Der Protest wird eingebunden in Debattierclubs. Der Widerstand ist gebrochen, die alten HerrscherInnen regieren weiter, aber verdeckt und deshalb uneingeschränkter. Nicht zufällig stammt das Motto „Konsens ist Nonsens“ aus einem der wenigen Teile der Umweltbewegung (Anti-Atomgruppen), die sich nicht in die großen Verbände einverleiben ließen und selbstorganisiert über Netzwerkstrukturen im Kontakt miteinander stehen. Ähnliche Strukturen, allerdings bedeutend kleiner, gab es lange im Anti-Gentechnikbereich sowie bei einigen entwicklungspolitischen Gruppen (z.B. BUKO, der ab Mitte der 90er Jahre aber auch deutlich etabliert und erstarrt ist), auch wenn ihre öffentliche Wirkung durch die Konkurrenz großer Verbände und den GRÜNEN im gleichen Themenbereich deutlich kleiner war.

Der Wandel von Konfrontation zu Integrationsprozessen beschränkte sich nicht auf die internen Abläufe der Verbände. Was schon Ende der 80er Jahre in verschiedenen Umweltmedien sowie in wenigen Führungsetagen vorbereitet wurde, griff in den 90er Jahren um sich. Die bisherige Strategie der öffentlichen Konfrontation mit Industrie und Staat sollte einer Kooperation weichen. Die Gründe für diesen Strategiewandel sind nie formuliert, der Prozeß auch nicht aus einer kritischen Analyse heraus begonnen worden. Es wurde in Verbandszeitschriften, anderen Veröffentlichungen oder in Büchern kein Grund genannt oder eine Debatte eingefordert, warum der „Druck der Straße“ als politische Aktionsform nicht mehr weitergeführt wurde. Wer die Errungenschaften der Umweltschutzbewegung betrachtet, stellt fest, daß die wesentlichen Fortschritte (die einer Vielzahl von Verschlechterungen entgegenstanden) dem massiven Druck der Straße, gekoppelt mit einer überzeugenden inhaltlichen Arbeit und im Einzelfall besonderen Handlungsstrategien zur Erhöhung der eigenen Durchsetzungskraft (Sperrgrundstücke, Klagerechte usw.) zu verdanken waren. Demge-

genüber ist ebenso festzustellen, daß der Wandel hin zur Kooperation mit den ehemaligen (und auch aktuellen!) GegnerInnen des Naturschutzes einherging mit der durchgreifenden Verschlechterung der Position des Umweltschutzes (Beschleunigungs- und Vereinfachungsgesetze, Mittelkürzungen, Rückgang des öffentlichen Interesses usw.). Diese Prozesse sind, massiv unterstützt von interessierten Kreisen (Staat, Wirtschaft), unreflektiert abgelaufen – parallel zu gesellschaftlichen Veränderungen in ähnliche Richtungen.

Der erste Höhepunkt der neuen Strategie war der Deutsche Umwelttag 1992. Sein Motto lautete „Dialog“.⁷ Dieser war nicht an irgendwelche qualitativen Ziele gebunden. Erfolgsbilanzen und Pressemitteilungen der OrganisatorInnen des DUTs (darunter der DNR, der BUND und der Naturschutzbund) zeigten denn auch, daß schon das Stattfinden des Dialogs mit der Wirtschaft als Erfolg bewertet wurde, die Ergebnisse wurden gar nicht mehr betrachtet.^{www}

Auch der Blick ins Ausland zeigt, daß der Trend zum Dialog insgesamt um sich griff. In den USA wurden Konflikte vielerorts durch sogenannte Mediationsverfahren entschärft unter Vermittlung von MediatorInnen, deren Auftrag die Einigung ist, deren AuftraggeberInnen aber oft die sind, die ein Projekt durchführen wollen, werden BefürworterInnen und KritikerInnen von Bauvorhaben u.ä. an einen Tisch geholt. Runde Tische oder zeit- und kraftaufwendige Mediationsverfahren verschleiern die Konflikte und verhindern erfolgreich, daß sich BürgerInnenengruppen auf den Kampf auf der Straße konzentrieren. Wenn überhaupt, so wird dieser nach dem Ablauf der Mediation begonnen – also zu einem Zeitpunkt, an dem die Diskussion um das Ob und Wie eines Eingriffs beendet ist. Wirkliche Mitbestimmungsrechte werden den beteiligten Menschen und Gruppen bei allem nie zugestanden.

Neben den genannten entstanden viele weitere Formen „konsensualer Prozesse“ im Umweltschutz. Staat, Wirtschaft und die Führungsebenen der Umweltverbände (in denen manch einer als ModeratorInnen oder MediatorInnen selbst an diesen Prozessen verdient) propagierten die neuen Verfahren. Runde Tische, Mediationen, moderierte Diskussionen, Scoopingtermine (Treffen der KontrahentInnen zur Vorabklärung der Positionen) und vieles mehr wurden zum Alltag der Umweltschutzgruppen.⁸ Demonstrationen, Besetzungen und Sperrgrundstücke hatten als Aktionsmethoden für die großen Verbände ausgedient. Ein typisches Beispiel ist auch der Prozeß um die lokale Agenda 21 – warmherzige Debatierclubs ohne öffentliche Druck- und Umsetzungsmittel. Konsens, mißbraucht in einer Bedeutung, die nur mit „kleinster gemeinsamer Nenner Null“ übersetzt werden kann, wurde zum Selbstzweck. Was für den Schutz der Umwelt tatsächlich herauskommt, fragt kaum noch jemand, schließlich haben sich ja alle lieb ...⁹

Wie Pilze wuchsen ab Mitte der 90er Jahre Kooperationszirkel von Umweltverbänden und dreckigster Industrie aus dem Boden. Kooperationen mit umweltorientierten Firmen entstanden dagegen erst ab ca. 2000, als die Umweltfirmen finanzstärker wurden – für Umweltverbände ist der Geldfluß der Hauptgrund solcher Kooperationen. Consens 25, Zirkel 2005 und viele andere Namen stehen für gemeinsame Runden von deutschen Großfirmen und den Umweltverbänden.¹⁰

Dialog, konsensuale Prozesse und Mediationsverfahren dort, wo einfach ein „Nein“ gefordert ist, schwächen nicht nur die Aktionsfähigkeit der daran Beteiligten, sondern rauben denen, die mit klaren Positionen öffentlich Druck machen, einen großen Teil ihrer Durchsetzungskraft. Die jeweils Herrschenden können in „gute“ und „schlechte“ UmweltschützerInnen trennen. Zudem mildern solche Verfahren Hierarchien nicht einmal während ihrer Anwendung, auch wenn ihre BefürworterInnen das noch so oft formulieren. Die ModeratorInnen werden in der Regel von den jeweils Mächtigen bezahlt oder eingeladen, sie erhalten

von diesen ihre Aufträge und Hinweise vor und nach den Treffen sowie in Pausen. Die ModeratorInnen sind SchiedsrichterInnen aus Gnaden der Mächtigen. Wenn sie Prozesse herbeiführen, die deren Position gefährden, müssen sie um ihren Job fürchten. Die jeweils Mächtigen nutzen die ModeratorInnen zu ihrer Unterstützung. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn kleine, überschaubare Gruppen gemeinsam eine Moderation beschließen und eine Person damit beauftragen.¹¹

Welche bedeutende Anziehungskraft die demokratische Disziplinierung hat, zeigt sich in der Entwicklung ehemals radikaler Bewegungen in der Gesellschaft seit Mitte der 90er Jahre. Die Ex-Jugendumweltbewegung, viele gewaltfreie Aktionsgruppen und andere politische Strömungen entwickelten sich zu BefürworterInnen und FördererInnen der neuen konsensualen Verfahren.¹² Ein Blick in die Fortbildungsprogramme, Veröffentlichungen, auf Kongresse usw. zeigt das deutlich.¹³

Im Original: Widersprüchlich scheint der BUND, der einerseits mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ einen Meilenstein der Entradikalisierung setzte, dessen damaliger Vorsitzender Hubert Weinzierl aber 1995 im Heft „20 Jahre BUND“ formuliert (S. 6)¹⁴

Den Kompromiß machen wir, seit es eine Naturschutzbewegung gibt. Und aus dem Kompromiß zum Kompromiß bleibt natürlich am Schluß nur noch die Kapitulation. Ich kann keinen Kompromiß zwischen Leben und Tod machen. ...

Hinter jedem Problem eine neue Verordnung, ein bißchen mehr korrigieren, ein bißchen mehr Grenzwerte, ein bißchen mehr Risikophilosophie. Letztlich führt das dazu, daß wir die Umweltzerstörung konsensfähig machen. Und das darf nicht passieren. Da glaube ich, hat die Umweltbewegung die dringende Aufgabe, wieder fundamental zu denken. Wenn wir es nicht machen, die Politik macht es sicher nicht.

Hubert Weinzierl in seinem Buch „Die Ökologische Offensive“ (1991, Heyne, München, S. 155)

... stellt sich für uns die Frage, ob wir uns vielleicht allzuoft mit kleinen Erfolgen haben abspeisen oder in Verfahrensabläufe einbinden lassen, anstatt eine radikale Gegenkultur aufzubauen. Vielleicht war gelegentlich auch unser Vertrauen in die Politik falsch, weil wir nicht gewußt haben, wie wenig Handlungsspielraum die Politik in Sachen Umwelt überhaupt hat und daß längst die Banken und Konzerne das Sagen haben.

Die BUND-Realität wirkt eher anders. Über Rudi Kurz, Koordinator des BUND-AKs zur Ökologischen Steuerreform heißt es im Heft „20 Jahre BUND“:

... die attraktiveren Diskussionspartner findet Rudi Kurz ohnehin bei Gewerkschaften und Unternehmen. „Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, um die unvermeidbaren Anpassungen für die Gesellschaft möglichst schmerzlos zu realisieren. Nur dann wird ökologische Reformpolitik mehrheitsfähig“. Das dies gelingen kann, daran hat Rudi Kurz keine Zweifel.

Auszug aus „Anwälte der Natur“ von Dirk Cornelsen (1991, C.H.Beck, München, S. 57, 97, 152)

Anstatt mit allen legalen Mitteln Druck auf Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen auszuüben im Interesse des Naturschutzes, läßt sich der BUND immer noch zu sehr auf die Rolle des weitgehend wirkungslosen Beraters des Staates ein. ...

Statt dessen nehmen auch die Mitglieder des Naturschutzbunds durch ehrenamtlichen praktischen Naturschutz staatlichen Stellen viel Arbeit und Verantwortung ab, zum Beispiel durch Kartierungen oder durch Stellungnahmen nach Paragraph 29 des Bundesnaturschutzgesetzes. Angesichts der minimalen Erfolge dieser Stellungnahmen gegen geplante Eingriffe in die Natur muß sich auch der Naturschutzbund fragen, ob er seine Energien nicht lieber auf die politische und die Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren will.

Notwendig wäre schließlich auch eine ehrliche Analyse und Bestandsaufnahme der eigenen Stärken und Schwächen, der Erfolge und Mißerfolge sowie der eigenen Möglichkeiten. Grundsätzlich müßten sich dabei die beiden Mitgliederverbände auch die Frage stellen, inwieweit sie sich nicht unfreiwillig vor den Karren des Staates spannen lassen. Damit ist gemeint, daß sie sich oft damit zufriedengeben, einen Eingriff des Staates in die Natur ohne großen Widerstand hinzunehmen und lediglich etwas „naturverträglichere“ Vorschläge machen. So wehrten sich zum Beispiel die Verbände nicht mit allen Mitteln gegen den geplanten Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn von Frankfurt

nach Köln, obwohl eine solche Bahn nicht mehr umweltfreundlich ist. Statt dessen zerbrachen sich einige von ihnen den Kopf der Planer, indem sie „umweltverträglichere“ Vorschläge für die Trasse dieses ICE machten. ... In allen diesen Fällen geraten die Verbände auf diese Weise leicht in die Gefahr, zum Alibi für den Staat zu werden nach dem Motto: „Die Naturschützer sind doch gefragt worden ...“

Das Ziel war ca. 1997 erreicht, rechtzeitig zur rotgrünen Machtübernahme: Die Positionen beispielsweise im Bereich der „Ökologischen Steuerreform“, Lieblingsthema des BUND, des DNR und des NABU-Präsidenten Jochen Flasbarth, wurden so verwaschen, daß sie sogar von AEG (Daimler-Firma, d.h. nicht einmal der Automobilkonzern fürchtet die Vorschläge!), BAYER, dem Bayerischen Landtag, dem CDU-Bundestagsfraktionschef Schäuble, vom Bund Junger Unternehmer¹⁵ und von einer parteiübergreifenden Gruppe junger Bundestagsabgeordneter (darunter siebenmal CDU, einmal F.D.P., fünfmal SPD, viermal GRÜNE und keinmal PDS) mitgetragen wurden.¹⁶

Im BUND gab es über die Strategie der „Umarmung“ zwischen Industrie, Politik und Umweltverbänden geteilte Meinungen. Wortführerin der Gruppe, die diese Annäherung wollte und dafür auch inhaltliche Positionen aufgab, war die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt, damals noch Mitglied der SPD¹⁷ und im Jahr 2000 Nachfolgerin des BUND-Bundesvorsitzenden Weinzierl. Dieser vertrat in dieser Debatte den politisch entschlosseneren und unabhängigeren Weg, allerdings mit vielen Widersprüchen und nicht energisch für eine Durchsetzung im Verband.

Im Original: Hubert Weinzierl in seiner Eröffnungsrede zur BUND-Delegiertenversammlung (6.6.97)

In der derzeitigen Situation sehe ich die Gefahr, daß wir durch allzuviel Aktionismus die Wachstumsgesellschaft nur begleiten und durch allzuvielen Einbindungen in Politik und Verwaltung dazu beitragen, eine Umweltpolitik konsensfähig zu machen, die in ihrem Wesen letztlich nur das System der Naturnutzung garantiert und zu einer grundsätzlichen Trendwende gar nicht erst bereit ist. ... laßt uns nicht in jede verlorene Schlacht ziehen, nicht jeden verlorenen Prozeß führen, nicht an jedem sinnlosen Behördenverfahren teilnehmen, nicht jeder politischen Umarmung erliegen.

Wir alle könnten unsere gesamte Lebenszeit nur noch mit Sitzungen, Umweltforen, Runden Tischen, Beiräten und Gesprächskreisen verbringen, mit denen Politiker und sonstige gesellschaftliche Gruppen und Verbände beschäftigen und Schein-Konsensgespräche führen möchten. Der Versuch, uns in irgendwelche Pakte einzubinden, ist in Bund und Ländern in Mode gekommen, jedoch meist in der Absicht, uns hinter die gültigen Beschluß- und Gesetzeslagen zurückzuwerfen.

Befreien wir uns lieber von solchen Umarmungsversuchen, auch wenn systemkonforme und bravere Konkurrenten gelegentlich diese Nische ausfüllen. ...

Wer sich als Anwalt der Natur versteht, der muß sich auch zu den Grenzen des Kompromisses bekennen und seinen Kooperationspartnern klar machen, wo unsere Lobbyfunktion für die Natur endet und wo die Kumpanei mit den Mächtigen beginnt.

Und selbst widersprüchlich, auf politische Aktion verzichtend, dazu in der gleichen Rede:

Wir haben daher Bundesregierung und Parlament aufgefordert, dem Beispiel anderer Staaten zu folgen und endlich ähnlich wie Österreich oder die Niederlande nationalen Umweltplan vorzulegen. ... Die vielen Veranstaltungen zum Thema „Zukunftsfähiges Deutschland“, die im abgelaufenen Jahr durchgeführt wurden, ... und die Tatsache, daß landauf, landab die Aktivitäten zur Verwirklichung der AGENDA 21 voll im Gange sind, beweisen doch, daß wir uns in einer Umbruchphase bewegen. Dies macht Hoffnung und ich gehöre nicht zu jenen, welche da sagen, daß der Erdgipfel von Rio kein Erfolg gewesen wäre. ...

Dies bedeutet für eine Umweltbewegung, daß wir nach der Vordenkerrolle eine Phase des Vorlebens einleiten müssen, Lust zum Mitmachen erzeugen und die Lebensstil-Debatte und die Debatte über die Zukunft der Arbeit weiter voranbringen. Mit den Vorschlägen für ein zukunftsfähiges Deutschland und für einen nationalen Umweltplan haben wir diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe eingeleitet.

Auszug aus einem Bericht zum BundessprecherInnenratstreffen der Grünen Liga am 6. Juni 1997, erschienen in ALLIGATOR 7/97 (S. 12)

Eine Diskussion zur Sinnhaftigkeit und zum Potential der Arbeit der GL in manchen Gremien, man denke nur an die Merkel-Arbeitskreise,¹⁸ kam auch auf diesem Sprecherrat wieder auf, wurde aber nicht geführt.

Als Nebenaspekt kam es bei vielen Kooperationsformen zu einer Ausgrenzung der „Kleinen“. An den Tischen der Mächtigen sitzen nur die großen Umweltverbände und die großen Konzerne. Bürgerinitiativen oder kleine bzw. kollektiv organisierte Betriebe haben keine Chance mehr. Solche Entwicklungen waren nicht nur zufällig oder gesteuert von dem Willen der großen Umweltverbände, an der Macht und am wichtigen Sponsoringgeschäft der Großkonzerne zu partizipieren, sondern auch ganz gezielt und geplant politischer Wille. Der massive und schnelle Abbau von Umweltschutzgesetzen und -standards (Deregulierung) wurde dabei fast gar nicht thematisiert oder als Übergangserscheinung hin zu einem neuen Zeitalter freiwilligen und gemeinsamen Umwelthandelns von Industrie, Politik und Umweltverbänden verniedlicht. Woraus die Umweltverbände ihre Hoffnung schöpften, daß es auch so kommen würde, wurde an keiner Stelle klar. Sicherungen und konkrete Abmachungen dazu gab es nicht – wohl aber sind entscheidende Umweltgesetze in den 90er Jahren aufgehoben oder zum Nachteil von Umweltschutz oder Beteiligungsrechten abgeschwächt worden.

Im Original: Auszüge aus dem Umweltbericht 1996 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (S. 231)

621. Ungeachtet all dessen kam es zu Beginn der neunziger Jahre im Zuge der deutschen Einigung zu einer Stagnation der Umweltpolitik. ... In Entsprechung dazu wurden auch in den staatlichen Entscheidungen umweltpolitische Komponenten zurückgenommen. BRAND (...) spricht von einem „umweltpolitischen Rollback“. Tatsächlich wird jedoch auch weiterhin der umfassende Umweltschutz bei allen einflußreichen gesellschaftlichen Akteuren anerkannt. ... Auch wurden die Fronten zwischen den Lagern nicht wieder errichtet. Es dürfte sich daher bei dem zu beobachtenden „Rollback“ weniger um eine eigene Phase bundesdeutscher Umweltpolitik handeln als um eine vorübergehende Schwäche in der Durchsetzung von Umweltinteressen in staatlichen Entscheidungen.

622. Das Aufweichen starrer Fronten in wechselnde Konflikt- und Bündniskonstellationen stellt die bisher rigide Konfrontationsstrategie der Umweltbewegung in Frage. ... Gefragt sind konkrete Lösungsvorschläge, deren Umsetzung „Konsens, Kooperation und Kompromiß“ verlangt.

Auszüge aus dem gemeinsamen Papier der Länderumweltministerkonferenz und der Naturschutzverbände, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung 13.-14.3.97 (S. 7-11)

Gerade die Umsetzung neuer Umweltpolitiken wie z.B. der Agenda 21 oder des Übereinkommens über die biologische Vielfalt mit dem fachlichen Auftrag „Schutz und nachhaltige Entwicklung“ verlangt neue Zielsetzungen, Strategien, Aufgabenverteilungen und Kooperationsmodelle. ...

Damit ergibt sich auch für die Verbände eine neue Situation, die sie neben anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu Partnern für eine nachhaltige Entwicklung macht. ... Gleichzeitig werden aber die Naturschutzverbände damit in gesellschaftliche Interessenbündnisse mit eingebunden, was von den Verbänden auch die Anerkennung sozialer und ökonomischer Interessenlagen möglicher Bündnispartner sowie das Bemühen um Interessenausgleich abverlangt. ...

Voraussetzung dafür ist eine große Professionalität und ein erhöhtes Maß an Fachwissen, kommunikative Eigenschaften und ein Einblick in gesellschaftliche Probleme. Dieser hohe Anspruch kann nur von größeren Verbänden geleistet werden. ... Diese Aufgaben verlangen von den Verbänden Dialogbereitschaft, Kommunikation und Zusammenarbeit. ...

Gerade im Widerstreit sozialer, ökonomischer und ökologischer Interessen kommt den Umweltverbänden als Vertreter einer größeren Öffentlichkeit hohe Bedeutung zu, deren Einbeziehung auch die gesellschaftliche Akzeptanz von Entscheidungen verbessern kann. ...

Eine neue Form des Zusammenwirkens von staatlichem und verbandlichem Umwelt- und Naturschutz bedingen auch die geänderten Anforderungen an der Arbeit der Naturschutzverwaltungen.

So muß sich der amtliche Naturschutz zukünftig mehr als bisher einer Vermittlungs- und Moderatorenrolle zuwenden, ...

Günter Mitlacher¹⁹ in „Akzeptanz des Naturschutzes – Rolle der Verbände„ (S. 16-22)²⁰

Die berufliche Qualifizierung des hauptberuflichen und ehrenamtlichen Personals ist entscheidend zu verbessern und sollte sich u.a. konzentrieren auf:

- Methoden der Lobbytätigkeit
- effiziente Teamarbeit
- Zeit- und Projektmanagement
- Fund Raising
- Gesprächsführung
- Moderation von Tagungen, Gesprächen usw.
- Personalführung
- Konfliktlösungsstrategien. ...

Auf Bundesebene sollte die Professionalisierung der Naturschutz-Lobbyarbeit zügig optimiert werden. ...

Für beide Seiten ist es die vordringliche Aufgabe, die Akzeptanz der unterschiedlichen Interessen, Standpunkte und Arbeitsweisen zu erhöhen und ein vertrauensvolles Klima zwischen Verbänden, Politikern und Behörden zu schaffen. ... Speziell für den BMU bedeutet dies: ... Auf Seiten von Politik und Verwaltung sollten nachwirkende Erfahrungen aus Zeiten der Polarisierung überwunden und einer konstruktiven Diskurspolitik Platz machen.

Das wesentliche Merkmal dieser Phase waren die integrativen Umarmungsformen im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion, von Mediationen und Moderation sowie an den Agenda-21-Tischen. Hinzu kam ein ausuferndes Öko-Sponsoring und die Betätigung von Firmen oder Firmenstiftungen als neue Partner in den konsensualen Umweltdebatten und -projekten. Manchmal waren sie sogar ModeratorInnen, z.B. die Otto-Stiftung Vermittlerin zwischen großen Umweltverbänden und der Bundesregierung bei der Frage des Elbeausbaus. Folge war die Aufgabe umweltpolitischer Positionen und der Übergang in ein Zeitalter der inhaltlich-politischen Beliebigkeit, in der der Dialog bzw. die Kooperation als solches zum Erfolg wird, nicht mehr die konkret erzielten Ergebnisse. Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie oder die Mobilität ohne Auto wichen langjährigen Ausstiegsszenarien oder Forderungen nach dem Drei-Liter-Auto. Nur noch wenige unabhängige Umweltgruppen oder deutliche Minderheiten in den Verbänden hielten staats- und marktkritische bzw. weitgehende umweltpolitische Forderungen aufrecht. Sie wurden von den Großen ausgegrenzt, weil ihre Radikalität den „konsensualen Prozessen“ abträglich hätte sein können.

Im Original: Auszug aus einer Mail von Tilman Heller (damals Projektwerkstatt Kreuzberg) am 4.7.1997

Die Erforschung der Geschichte, wie es den Herrschenden gelungen ist, daß alle Leute auf Agenda 21 abfahren, finde ich auch interessant.

Hubert Weinzierl in Spiegel special 2/1995, „Öko-Bilanz '95„ (S. 27)

Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Die Umweltbewegung hat sich nicht überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Sie ist wichtiger denn je. Sie muß gegensteuern, wenn „grünes Denken“ rein kommerziell ausgeschlachtet wird, wenn Umweltschutz nur noch als Mode betrieben wird. Sie muß an der Einsicht festhalten, die an ihrem Anfang stand: Wir brauchen eine ganzheitliche Überlebensphilosophie, eine Denkwende, die Abkehr von der Wachstumsideologie. Wir brauchen weiterhin die kleinen Schritte und die große Überzeugung.

Vierte Phase (Mitte/Ende der 90er Jahre): Modernisierung und Ökoneoliberalismus

Die Kooperationsphase war nur der Übergang zu einer weitergehenden Veränderung – Umweltverbände übernahmen neoliberale Forderungen, riefen selbst nach mehr Markt und

mehr Staat.²¹ Zwischen den so veränderten FunktionärInnen, den Regierungen und der Industrie brauchte es fortan gar keine konsensualen Prozesse mehr, sondern es entstanden fast immer sofort Bündnisse aus Umwelt-NGOs (wie sie sich modernisiert nannten), Firmen und Regierungsstellen. Heute kommt kaum eine Broschüre heraus, findet ein Kongreß statt oder wird ein Positionspapier der Öffentlichkeit vorgestellt, an dem nicht AkteurInnen aus allen drei Bereichen mitgewirkt haben. Diese Phalanx im Detail wurde auch zum neuen Vorschlag für moderne Demokratien: „Governance“ statt Regierungen hieß das Zauberwort und sollte einen ständigen Verhandlungsprozeß zwischen Wirtschaft, Parteien/Staat und den NGOs schaffen. Die Menschen spielen keine Rolle mehr.

Im Original: Mike Moorer, WTO-Chef, im Interview mit der FR, Magazin 9.2.2002, S. 5

Wir brauchen eine Abteilung, die die Zivilgesellschaft stärker einbezieht, die sich um die NGOs, die regierungsunabhängigen Organisationen, kümmert. Die haben da draußen eine ganze Reihe brillanter junger Leute mit Dokortiteln, die helfen können.

Was ist „Global Governance“? aus: erlassjahr.de – Kampagnen-Kurier Oktober 2001, S.9

Da, wo Rot und Grün sich auf eine ernsthaft Debatte über die Nord-Süd-Dimension der Globalisierung einlassen, treffen sie sich zumeist mit kritischen Bewegungen bei der Forderung nach Globalen Regelungsmechanismen (neudeutsch: „Global Governance“) für eine weltweite und grundsätzlich kapitalistisch verfaßte Wirtschaft. Diese grundsätzliche Forderung nach Regulierung statt Liberalisierung haben soziale Bewegungen in den letzten Jahren erfolgreich auf sehr konkrete einzelne Forderungen zugespitzt, an denen sich nun die Ernsthaftigkeit einer proklamierten Reformbereitschaft auf Seiten der Regierungsparteien überprüfen läßt. Die Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer („Tobin Tax“) gehört ebenso dazu, wie die nach einer Reform der schuldenproduzierenden staatlichen Exportbürgschaften (Hermes-Reform).

Erhard O. Müller, Bündnis-90-Mitgründer und NGO-Funktionär, in einem Beitrag zur Zukunft der Grünen, FR 23.10.2001, S. 18

In den kommunalen Bündnissen zur „Lokalen Agenda 21“ zum Beispiel finden sich etliche jener zivilgesellschaftlichen Strukturen wieder, die nach der Wende auf lokaler und regionaler Basis entstanden sind. Hier entsteht und verdichtet sich exakt jenes politische Milieu, aus dem die künftige Wählerschaft eines offenen, bürgernahen Parteiprojekts erwachsen kann und wird.

Der Agenda 21-Prozess und ähnliche zivilgesellschaftliche Ansätze böten den verbliebenen bündnisgrünen Aktivisten im Osten die Chance, sich aus dem isolierenden Parteikokon zu befreien und sich mit dem vorhandenen Erfahrungspotenzial (etwa dem der Runden Tische) als Initiatoren und Konstrukteure solcher neuen Bündnisse zu betätigen. ...

Nicht zuletzt geht es darum, einem solchen zivilgesellschaftlichen Aufbruch eine publizistische Stimme zu geben: ...

... ist es möglich und nötig, die auf politische Teilhabe drängenden Teile der Zivilgesellschaft politisch zu bündeln und ihnen ein größeres Gewicht in den defizitären Entscheidungsstrukturen unserer Gesellschaft zu verschaffen. ...

Dieter S. Lutz, Ist die Demokratie am Ende?, in: Willy-Brandt-Kreis (Hrsg.), 2001, „Zur Lage der Nation“, Rowohlt-Verlag, zitiert nach FR, 14.1.2001, S. 6

Warum eigentlich gibt es kein „Expertenparlament“, das heißt einen „Zukunftsrat“ zusätzlich zu dem Generalistenparlament, das wir haben und das wir vermutlich auch weiterhin benötigen? Einen „Zukunftsrat“ ausschließlich für existenzielle Fragen ...

Warum also sollte die Zuständigkeit für „existenzielle“ Fragen der Menschen und der Menschheit (Krieg und Frieden, Entwicklung, Armut, Umwelt, Klima, Menschenwürde) nicht einer neuen dritten „Kammer“, einem Zukunftsrat übertragen werden können? ...

Bei dem geforderten Zukunftsrat handelt es sich also immer auch um eine Versammlung der wissenschaftlichen Elite des Landes. Öffnet der Zukunftsrat damit – gewollt oder ungewollt – Tür und Tor hin zu einer Elitendemokratie ohne Bezug zum Souverän, dem Volk? Diese Frage wäre als Vorwurf berechtigt, wenn es sich bei den Experten und Expertinnen des Zukunftsrates ausschließlich um Vertreter und Vertreterinnen der hauptberuflichen Wissenschafts- und Forschungsgemeinde handeln würde. Das Gegenteil ist der Fall: Strategische Kompetenz kann auch über ehrenamtliches Engagement gewonnen und themenspezifisches Fachwissen über die Mitarbeit in Sozialen Bewegungen und vor allem in NGO erworben werden. Nicht zufällig sind mittlerweile selbst bei hochrangigen

wissenschaftlichen Konferenzen Vertreter und Vertreterinnen der „Praxis“ gesuchte Referenten und Diskussionsteilnehmer.

Darüber hinaus kann die Rückbindung an die Zivilgesellschaft, insbesondere an die Kommunikationsstrukturen der Bewegungen und NGO, dadurch gefördert werden, dass nicht ein zentraler Bundes-Zukunftsrat, sondern 16 Länder-Zukunftsräte gebildet werden. ...

Die Wahlen zur Dritten Kammer könnten an die Wahlen zu den Länderparlamenten gebunden werden. Die Kandidatenaufstellung würde allerdings nicht durch die Parteien, sondern durch (durchaus miteinander konkurrierende) Institute, NGO und Bewegungen erfolgen.

Inhaltlich richteten sich die Verbände immer mehr auf marktförmige Vorschläge aus. Ein bemerkenswertes Beispiel ist der Klimaschutz. Hier werden Luftverschmutzungsrechte handel-, also auch aufkauf-, d.h. akkumulierbar. Wer das Geld hat, kann weiter Luft verschmutzen, sich industrialisieren – angesichts der finanziellen Abhängigkeiten durch die Schuldenkrise eine fürchterliche Vorstellung, wenn ärmere Länder ihre Möglichkeiten der Entwicklung an die bereits industrialisierten Zonen abgeben. Und wenn die reichen Länder immer mehr Industriezonen als Freihandelszonen in die angrenzenden Länder verlagern. Das alles ist moderner praktizierter Umweltschutz, ökoneoliberal und herrschaftsausdehnend.

Im Original: Auszug aus dem Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, 2002, S. 24/25²²

Zugleich soll das Gesetz ermöglichen, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden können. Dazu sollen unter anderem

- biometrische Merkmale in Pässe und Personalausweise aufgenommen,
- den Sicherheitsbehörden mehr sicherheitsrelevante Daten zur Verfügung gestellt,
- identitätssichernde Maßnahmen im Visumsverfahren verbessert,
- die Kontrollen von Personen mit sicherheitsrelevanten Tätigkeiten verstärkt,
- Grenzkontrollmöglichkeiten verbessert und
- die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland schneller unterbunden werden.

... Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.

Ende der 90er Jahre kam zudem das Geschäft mit der Ökologie in Schwung. Geldanlage in immer größere Ökoprojekte wurde lukrativ, Milliarden flossen in Windkraftanlagen, Ökokaufhäuser. Viele verspekulierten sich, gingen bankrott, andere entwickelten immer profitablere Anlageformen – oft auch über die Belange des Naturschutzes hinweg sowie ohne Mitbestimmung der jeweiligen Bevölkerung (siehe Kap. 3.9). Atomkraftwerke erhielten das Öko-Audit – und Umweltverbände lobten das Öko-Audit als Instrument. Konfliktlinien verschwanden bis zur Unkenntlichkeit.

Ideologische Grundlage für die Entwicklung war die Nachhaltigkeitsdebatte. Im wirtschaftlichen Sinne²³ bedeutet dieses Wort nichts anderes als den augenblicklichen Zustand zu sichern. Mit seinem Rohstoffverbrauch und der zunehmenden Aufspaltung in Arm und Reich gefährdet der Kapitalismus als Herrschaftssystem die Grundlage des eigenen Profits. Irgendwann gäbe es nichts mehr zum Ausbeuten und die Menschen würden dann, wenn sie massenweise in eine aussichtslose Lage geraten, nicht mehr stillhalten. Also müssen Veränderungen erfolgen, die Rohstoffe effizienter und Menschen unauffälliger ausnutzen. Dann halten sie länger (still), das bestehende Herrschafts- und Wirtschaftssystem wäre gefestigt. Besonders günstig ist, frühere KritikerInnen für die Idee einer technischen Lösung, die sog. „Effizienzrevolution“ zu begeistern, sowie die vermögenden UmweltfreundInnen für die profitable Variante des Umweltschutzes, die ethischen Geldanlagen. So werden sie zu

BündnisgenossInnen statt zu GegnerInnen, arbeiten an der Modernisierung mit oder sind mehr denn je bereit, Zeit und Geld den Konzernen zu geben, die vom „Bock zum Gärtner“ werden, zu den neuen Hoffnungsträgern in Sachen Zukunftsfähigkeit – und nicht mehr, daß es um die Zukunftsfähigkeit der geltenden Weltordnung geht.

Im Original: Auszüge aus Christoph Spehr, 1996, „Die Ökofalle“, ProMedia, Wien (S. 106, 146+147)

Die Aufgabenstellung ist klar: Eine neue Variante muß mindestens so effektiv sein wie die alte, aber effizienter, weniger verschwenderisch. Das kapitalistische Projekt muß grüner und geplanter werden. Eine solche Aufgabe löst man nicht am Schreibtisch (und auch nicht am Runden Tisch), aber das bedeutet nicht, daß sie in den Planungsetagen der gesellschaftlichen Kräfte nicht bearbeitet würde. Auf den Fluren dieser Bürohäuser treffen wir dann auch die Anwälte der Nachhaltigkeit. ... Wenn man das zusammenrechnet, was vorliegt – den Grundsatz der herrschenden Nachhaltigkeitsdebatte; ihre nicht zufälligen blinden Flecken; und das, was an tatsächlichen Verschiebungen in der Realität zu beobachten ist, dann ergibt sich dieses Bild des derzeitigen Übergangs in der Struktur des Naturverbrauchs. Ob sie wollen oder nicht (und eigentlich wollen sie es meist auch): Die Mainstream-Beiträge zur Nachhaltigkeit sind Teil des Projektes, die kapitalistische Form der Naturnutzung wieder flott und zukunftsfähig zu machen. Es sind Beiträge zur Lösung der Krise des Herrschaftssystems.

Auszug aus dem Text „Wie revolutionär ist die Effizienzrevolution?“ von Martin Cames in den Öko-Mitteilungen 1/96 (S. 24+25)²⁵

Die These „doppelter Wohlstand bei halbiertem Ressourcenverbrauch“ (Weizsäcker/Lovins) führt in die Irre, weil sie suggeriert, daß eine höhere Effizienz – wie bisher – ein Anwachsen des individuellen Konsums ermöglichen würde. ... Die Betrachtung einiger Beispiele zeigt, daß in einzelnen Fällen durchaus beachtliche Effizienzsteigerungen umgesetzt werden konnten, ohne daß die Umwelt entlastet worden wäre. ... Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist der Begriff „Effizienzrevolution“ deshalb eher verwirrend, nebulös und widersprüchlich. Eine wirklich neue Strategie beschreibt er nicht. Bereits das wäre ein hinreichender Grund, Abstand zu nehmen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Begriff nicht nur wenig hilfreich, sondern sogar kontraproduktiv ist. ... Effizienzsteigerungen erweitern die individuellen Konsummöglichkeiten. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit läßt sich so nicht erzielen. Die vermeintliche Wertneutralität des Begriffs erweist sich als implizites Werturteil: Die Bedürfnisse der Umwelt und der Dritten Welt werden nicht berücksichtigt und sind demnach wertlos. Effizienzrevolution will Anhänger gewinnen und blendet deshalb die Hinterfragung der Bedürfnisse aus. Doch was hilft die Vergrößerung der Anhängerschaft, wenn dabei die Grundstrukturen, die die zugespitzte Belastungssituation für Mensch und Umwelt verursacht haben, nicht durchbrochen werden. In diesem Sinne ist der Begriff Effizienzrevolution kontraproduktiv,
– weil er auf Beschleunigung, Geschwindigkeit und Tempo setzt und damit Werte adressiert, die ursächlich für die Situation sind, die er vorgibt, beseitigen zu können; ...
– weil er die Gefahr in sich birgt, als die einzige (realistische) Strategie zur Nachhaltigkeit angesehen zu werden.

Fünfte Phase (ab 2001): Attac – und was kommt noch?

Die Überschrift ist verkürzt, aber die fünfte Phase auch noch nicht detailliert zu bewerten. Das letzte Jahrtausend endete mit breiten Protestbewegungen auch in den Industrienationen.²⁶ Im November 1999 legten viele tausend AkteurInnen die Eröffnung des WTO-Gipfels in Seattle lahm, im weiteren Gefolge wuchs der Protest immer stärker. Er kam von unten, also aus den vielen kleinen Gruppen und Zusammenhängen. Teile von ihnen distanzieren sich offensiv von der Lobbypolitik der NGOs, z.B. das weltweite Netzwerk Peoples Global Action. Im Jahr 2001, vor allem rund um die massiven Auseinandersetzungen um den G8-Gipfel in Genua, entstand dann auch in Deutschland mit massiver Unterstützung von Teilen der Regierungsparteien und der regierungsnahen Presse die Großorganisation Attac. Die Struktur dieser Organisation ist beispiellos hierarchisch: Es gab bis Mitte 2002 keine Satzung, die Führungsgruppe hatte sich selbst eingesetzt und bestimmte die The-

men. Die Geschäftsstelle wurde formal von einer kleinen, intransparenten Gruppe getragen.²⁷ Die gleichen Personen stehen auch hinter der Bewegungstiftung, die versucht, aus verschiedenen sozialen Bewegungen wichtige Personen zu finanzieren – was nicht nur das Dominanzgefälle zwischen zentralen Personen und Basis steigert, sondern gezielt einflußreiche Menschen in eine finanzielle Abhängigkeit zur Zentrale in Verden²⁸ bringt. Attac ist strukturell das modernste NGO-Projekt²⁹ – wendig, professionell geführt, medienorientiert. Das Verhältnis zur Basis ist instrumentell, d.h. nicht mehr hierarchisch (die Attac-Zentrale kann keine Befehle erteilen), sondern die Führung setzt einfach den inhaltlichen Rahmen. Die BasisakteurInnen erfahren aus der Presse, was Attac denkt. Politisch ist Attac ebenfalls eine Weiterentwicklung der vierten Phase: Es hat gar kein politisches Programm mehr. Die wenigen Forderungen dienen mehr der öffentlichen Selbstdarstellung – tatsächlich ist auch in Attac-Kreisen selbst klar, daß z.B. die Tobin-Tax kaum Verbesserungen bringen würde.³⁰ Die unklare politische Linie wird offen benannt – als Werbung.³¹

Im Original: Aussage eines Attac-Mitglieds im Film „un mondo diverso e possibile“

„Wir sind die erste weltweite Bewegung, die einzig für eine bessere Welt kämpft, frei von Interessen und Ideologien.“ ()

Felix Kolb, Attac-Pressesprecher, im focus, S. 186 auf die Frage, was er von Investitionen der Konzerne im Trikont hält

Solange sich ein Konzern an die dortigen Auflagen hält und Steuern zahlt, ist dagegen nichts zu sagen.

Sven Giegold, Attac-Koordinationskreis, im Vorwort der Stichwort Bayer, 1/2002

Es ist nicht akzeptabel, dass Bayer & Co. in vielerlei Hinsicht von öffentlichen Einrichtungen und Infrastruktur profitieren, ihre Gewinne aber in Deutschland nicht mehr versteuern.

Le Monde diplomatique, von der aus Attac gegründet wurde, in der Ausgabe vom 11.1.2002

Das Symbol der Antiglobalisierungsbewegung ist die Bürgervereinigung Attac, die mit ihren rot-weißen Fahnen auf jeder Kundgebung vertreten ist.

Quellen zu 2

- 1 Einzelne Aktivitäten und Gruppen bestanden jeweils auch noch früher.
- 2 Tatsächlich haftet ein Verein oder eine andere juristische Person nur mit dem Vereinsvermögen. Strafrechtlich ist jeweils nur die handelnde Person belangbar.
- 3 Polarisierungen, Eskalation und Austritte bzw. Ausschlüsse sind stark auf einzelne Personen zurückzuführen, die sich nicht integrieren wollen, sondern klare Forderungen kompromißlos aufrecht erhalten. Das waren vor allem Jutta Dittfurth bei den Grünen sowie, weit weniger spektakulär, Thomas Schmidt und Jörg Bergstedt im Naturschutzbund Deutschland (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz).
- 4 Demokratie, verschärft noch in der repräsentativen Form, d.h. bei Wahl von VertreterInnen für die eigenen Belange, ist eine Herrschaftsform – sowohl in Verbänden wie auch den demokratischen Staaten. Abstimmungen und Wahlen täuschen darüber hinweg.
- 5 Auch hier ist Jutta Dittfurth ein wichtiges Beispiel, denn die Eskalation führte zunächst zur Kraftprobe und dann zur Abspaltung vieler Personen. Mitte der 80er Jahre versuchte der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, eine eigenständige Jugendorganisation zu verhindern. Der Druck auf den damaligen Bundesjugendsprecher Jochen Flasbarth und die Landesjugend Schleswig-Holstein führte aber nur zu Solidarierungen und schließlich dazu, daß die Jugendorganisation erheblichen Einfluß gewann (siehe Kap. 3.6).
- 6 Zum Streit muß aber auch eine kreative und gleichberechtigte Form des Streitens gehören. Dominanz im Streit verhindert ebenso Entwicklungsprozesse wie die harmonisierende Gleichschaltung.
- 7 Der Begriff „Dialog“ ist auf vielen Broschüren des DUT zu finden, zudem trägt die offizielle DUT-Zeitung, die im Vorfeld mehrfach erschien, diesen Namen.
- 8 Kritische Auseinandersetzungen mit Mediationen und Moderationen sind in Zeitschriften und der Literatur nur sehr selten anzutreffen. Vorsichtige oder fundamentale Kritik kommt von den auch bei anderen Fragen spürbaren radikalen Rändern, z.B. früher dem BBU unter dem Umweltverbänden, der Projektwerkstatt im Kreis Gießen in der (Ex-)Jugendumweltbewegung oder Jutta Dittfurth in Parteikreisen oder der Öffentlichkeit (Contraste 3/1998, S. 10).
- 9 Deutliche Kritik muß auch an den meisten Ergebnissen von Konsensrunden bzw. an sog. Kompromissen geübt werden. Immer wieder kommt heraus, was alle noch gerade akzeptieren können. Das folgt der mathematischen Logik, daß etwas Kleines („kleinster gemeinsamer Nenner“ als Ergebnis) im Größeren enthalten ist. Nach dieser Logik ist der Kompromiß

- zwischen 1 und 100 nicht mehr 50, sondern 1, weil 1 auch in 100 enthalten ist. So entstehen heute politische Positionen und Forderungen zum Umweltschutz (oder zu anderen, Herrschaftsinteressen entgegenlaufenden Themen).
- 10 Zirkel 2005 heißt "eine Initiative deutscher Unternehmen und der Umweltstiftung WWF-Deutschland zum Klimaschutz" (mit dabei u.a. Axel Springer Verlag AG und die Deutsche Lufthansa AG). Consens 25 ist eine PR-Aktion von AEG und WWF. Euronatur und Daimler tragen die Kampagne "Natürlich mobil". Andere Umweltverbände geben ihren Kooperationen in der Regel nicht so spektakuläre Namen. Die Klimakonferenz im Sommer 2001 wurde von einem Öko-Firmen-Zusammenschluß gesponsort.
 - 11 Tatsächlich gibt es deutlich bessere Verfahren, die aber nicht verbreitet werden – auch die Öffentlichkeits- und interne Bildungsarbeit steht unter der Kontrolle der Führungsgremien. Beispiele unter www.projektwerkstatt.de/von-unten.
 - 12 Besonders taten sich die Kurve Wustrow (eines der Zentren gewaltfreier Aktionen/Graswurzelbewegung) sowie die Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung (Verden-Projekt), später auch der Bundesverband Studentische Ökologiarbeit mit der daraus gegründeten Gruppe "Mobile Moderation" bei der Bildungsarbeit und Weiterverbreitung konsensueller Verfahren hervor.
 - 13 Auf einigen Kongressen, z.B. den jährlichen Jugendumweltkongressen, wurden alle Arbeitskreise "zwangsmäßig" moderiert, d.h. alle ReferentInnen bekamen eine/n ModeratorIn, auch gegen ihren Willen. Auf dem Kongreß 1997/98 wurde die von der Kongreßleitung eingesetzte Moderation des Entscheidungsplenums vom Plenum abgesetzt.
 - 14 Hubert Weinzierl ist insgesamt eine Person, an der die Widersprüche der damaligen Zeit gut aufzeigbar sind. Wenn er in Ruhe formulierte (Bücher, Reden), rief er zu kritischer Distanz gegenüber Staat und Markt auf. In seiner realen Politik zeigte er sich regelmäßig wenig durchsetzungsfähig gegenüber PolitikerInnen. Im Verband wurde er von den jüngeren ModernisiererInnen um Angelika Zahrt immer wieder überstimmt zugunsten von mehr Staats- und Marktnähe. Hinzu kommt noch, daß er seine kritische Distanz verbindet mit einer Bodenständigkeit, die stark konservative Züge trägt. Neoliberal oder konservativ – die zwei Strömungen des Beginns der 90er Jahre. Reich oder rechts?
 - 15 Die Aufzählung der SympathisantInnen fand sich im **DNR-Papier zur Steuerreform** (1997).
 - 16 Die Gruppe der Bundestagsabgeordneten kam aufgrund einer gemeinsamen Initiative der BUNDjugend und des CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe zustande (**BUND-Pressemitteilung 8.12.89**).
 - 17 Dr. Angelika Zahrt machte im BUND über den Arbeitskreis "Wirtschaft und Finanzen" Karriere und prägte schon von dort aus die Verbindung von Ökonomie und Ökologie.
 - 18 Als "Merkel-Arbeitskreise" werden salopp die von Bundesumweltministerin Angela Merkel eingerichteten sechs Gesprächskreise zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bezeichnet.
 - 19 Günter Mitlacher war jahrelang Geschäftsführer des Naturschutzbund Deutschland, vormals DBV.
 - 20 Die Untersuchung wurde vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben und nimmt zu Vorschlägen des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege vom 13.10.94 Stellung. Zudem werden die Ergebnisse einer Strategietagung der Umweltverbände dokumentiert. Erstellt wurde sie im Mai 1996.
 - 21 Das Staat und Markt ein Gegensatz sind, also die neoliberale Veränderung der letzten Jahre mit einem Rückzug des Staates verbunden sein soll, ist eine falsche Analyse. Tatsächlich erobern Staat und Markt gemeinsam immer mehr Lebensbereiche, die bisher der Selbstbestimmung unterlagen oder überhaupt nicht geregelt waren. Moderne Umweltschutzkonzepte wollen mehr Markt (Regulierung über Preise, Handel, weltweiter Techniktransfer usw.) und mehr Staat (Kontrolle der VerbraucherInnen).
 - 22 Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist der Beitrag der Bundesregierung zur Rio+10-Tagung im Sommer 2002 in Johannesburg. Darin findet sich ein Kapitel mit der Behauptung, daß innere Sicherheit zur Nachhaltigkeit gehört. Die Umweltverbände kommentierten die Fassung überwiegend positiv.
 - 23 Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt auch aus einem wirtschaftlichen Hintergrund, nämlich der Forstwirtschaft. Dort wurde bereits vor langer Zeit von nachhaltiger Holznutzung gesprochen, wenn nur soviel eingeschlagen wurde wie nachwächst. Monokulturen, Gifteinsatz, Jagd und Kahlschlag waren möglich, also „nachhaltig“.
 - 24 Effizienzrevolution ist die entscheidende Hoffnung vieler BefürworterInnen der aktuell verbreiteten Nachhaltigkeitskonzepte, z.B. der **Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"**. Dabei wird auf den technische Fortschritt gebaut, zukünftig mehr aus einer Energie- oder Materialeinheit herauszuholen.
 - 25 Martin Cames ist Mitarbeiter beim Öko-Institut in Freiburg, die Öko-Mitteilungen sind die Mitgliederzeitschrift des Öko-Instituts.
 - 26 Im Trikont, also den sog. Entwicklungsländern, begannen die Proteste bereits deutlich früher – z.B. die Landlosen in Indien oder Brasilien sowie der Aufstand der Zapatistas in Mexiko. Es entstand ein weltweites Protestnetz namens „People's Global Action“, siehe www.agp.org.
 - 27 Name: Share e.V. Die zentralen Personen: Christoph Bautz, Sven Giegold, Felix Kolb, Oliver Moldenhauer, Astrid Schaeffert und Jutta Sundermann. www.share-online.de.
 - 28 Im März wurden Umzugspläne nach Frankfurt/Main bekannt.
 - 29 Eine gewisse Ähnlichkeit mit den Attac-Basisgruppen weisen Agenda-Gruppen auf. Auch dort sind zusammenhanglose Einzelaktionen ohne tiefere politische Analyse und Programmatik prägend. Agenda-Gruppen unterwerfen sich zudem einer überregionalen Debatte, auf die sie keinen Einfluß haben.
 - 30 Mündliche Mitteilungen aus dem Attac-Koordinierungskreis.
 - 31 Weitere Attac-Kritik unter <http://go.to/tobin-tax> bzw. in den Zitatebereichen der www.projektwerkstatt.de. Zudem wird sich ein weiteres Buch dieser Reihe mit der Kritik an staats- und marktbevorzugenden Strategien auseinandersetzen (erscheint ca. Sommer 2002 unter dem Titel „Nachhaltig, modern und erfolglos?“. Attac-Internetseite: www.attac-netzwerk.de – ein sehr verschleiender Name für eine Organisation mit einer Zentrale ohne jegliche Basiskontrolle.